

15.9.2014, 05:30 Uhr

Lehrplan 21

Ungenügende Note für die politische Bildung

Michael Schoenenberger 15.9.2014, 05:30 Uhr



Probleme mit Politischer Bildung im Lehrplan 21: Das ist naturgemäss ein heikles Feld, denn mit politischer Bildung in der Schule ist ja mehr gemeint als Staatskunde im engeren Sinn. (Bild: Andreas Bodmer / NZZ)

Traditionell ist die politische Bildung als Stoff in der Schule umstritten. In den Lehrplan 21 wird sie aufgenommen. Béatrice Ziegler vom Zentrum für Demokratie moniert, dass der neue Lehrplan fundamentalen Grundsätzen nicht genügen könne.

Der Lehrplan 21 wird derzeit überarbeitet. In der Absicht, ihn zum nützlichen und alltagstauglichen Instrument für Schulen und Lehrpersonen zu machen, stehen Umfang und Detaillierungsgrad zur Disposition. Der Lehrplan 21 muss kleiner werden. Zudem setzen die Verantwortlichen die Anforderungen herab. Sie wurden von Lehrerkreisen als zu hoch eingestuft. Die Überarbeitungsphase läuft diskret ab, wie schon die gesamte Erarbeitung des Lehrplans.

Kommuniziert wird spärlich. In Kontrast dazu standen die teilweise lauten Versuche verschiedener Interessengruppen, während der Entstehung des Lehrplans 21 Einfluss auf den Inhalt zu nehmen.

Fachliche Kritik von Beteiligten oder auch Kritik am neuen Kompetenzmodell konnte demgegenüber meist unter dem Deckel gehalten werden. Dabei sagen Involvierte, aufgrund von Meinungsverschiedenheiten sei während der Erarbeitungsphase mitunter nicht mehr miteinander gesprochen worden. Bei der erstmaligen Publikation des Lehrplans 21 wurden zu Recht jene Abschnitte stark beachtet, in denen es um Weltanschauungen oder Wertungen des privaten Verhaltens der Schülerinnen und Schüler geht. Bisher wenig Aufmerksamkeit wurde jenen Kompetenzen zuteil, in denen es um die politische Bildung geht. Das ist naturgemäss ein heikles Feld, denn mit politischer Bildung in der Schule

ist ja mehr gemeint als Staatskunde im engeren Sinn.

Politische Bildung soll die Grundlage legen, damit junge Menschen zu kritischen Beobachtern der Politik werden können. Im besten Falle führt der Unterricht dazu, dass sich Jugendliche selber informieren und später aktiv an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Normalerweise sehen vor allem bürgerliche Politiker in der politischen Bildung eine Gefahr. Sie betonen dann jeweils, diese eröffne der Lehrerschaft, die tendenziell links verortet wird, ungebührlich viele Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme.

Die Sek-1-Stufe vergessen



Béatrice Ziegler. (PD)

Was den Lehrplan 21 angeht, kommt die Kritik jetzt auch aus Kreisen, die seit Jahren für mehr politische Bildung in der Schule kämpfen. Béatrice Ziegler leitet das Zentrum für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik am Zentrum für Demokratie in Aarau. Bei der Erarbeitung des Lehrplans war sie zwar fachlich beigezogen worden, hatte aber keine Entscheidungskompetenz. Zwar sei es erfreulich, sagt die an der Universität Zürich lehrende Historikerin, dass die politische Bildung «zumindest in Teilelementen» im Lehrplan verankert sei. Auch unterstützt sie das Projekt generell und fände es «eine Katastrophe», sollte der erste Lehrplan für die gesamte Deutschschweiz Schiffbruch erleiden. Weniger erfreut ist sie jedoch über die Formulierung der einzelnen Kompetenzen zur politischen Bildung wie auch über deren Placierung über die drei schulischen Zyklen hinweg.

Politische Bildung will die jungen Menschen auch dazu befähigen, in der Diskussion mit Andersdenkenden einen politischen Entscheid oder Kompromiss zu finden. «Auf der Sek-1-Stufe fehlen im Lehrplan 21 die Möglichkeiten, solches einzuüben», sagt Ziegler. Dieses Versäumnis erachtet sie als gravierendes Problem, beginnen sich Jugendliche doch just in diesem Alter für politische Vorgänge zu interessieren. «Sek-1-Schüler müssen zwingend damit konfrontiert werden.»

Ein weiteres Problem sei, dass die politische Bildung im Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften», in dem die Fächer Geschichte und Geografie aufgehen, der Geschichte zugeordnet sei. Damit werde sie zu einer historischen Kompetenz. Dies sei falsch. Denn das Fach Geschichte könne nicht leisten, was eigentlich mit politischer Bildung gemeint sei, nämlich die systematische Behandlung der Funktionsweisen von politischen Prozessen, der Charakteristika von politischen Akteuren und der Merkmale von politischen Themen. Erst eine solche Behandlung würde effektives Verstehen des politischen Geschehens ermöglichen.

«Im Lehrplan 21 vermisste ich die richtige Verortung und den systematischen Aufbau von politischer Bildung komplett», sagt Ziegler. Aus diesem Grund plädierte sie auch vehement für die Fachlichkeit – für ein eigenes Fach Geschichte, aber auch ein eigenes Fach politische Bildung. Heute ist es freilich zu spät, solches im Lehrplan 21 noch ändern zu wollen. Ziegler moniert es trotzdem: Die Schaffung eines Fachbereichs «Räume, Zeiten, Gesellschaften» nennt sie «völlig konzeptlos».

Ideologieverbot verletzt

Wer über politische Bildung spricht, kommt nicht am «Beutelsbacher Konsens» vorbei. Im Herbst 1976 trafen sich in der Wiege Württembergs Didaktiker mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen, um sich über Grundsätze für die politische Bildung zu verständigen. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte war dies ein wichtiger Vorgang. Man einigte sich auf ein sogenanntes Überwältigungsverbot: So soll es Lehrpersonen verboten sein, den Schülern ihre eigene Meinung aufzuzwingen. Der Erwachsene hat sich neutral zu verhalten. Sodann müssen politische Themen im Unterricht kontrovers behandelt werden.

Für den Bereich der politischen Bildung sieht Béatrice Ziegler diesbezüglich einiges im Argen. Da die politische Bildung erstens einfach nur ein Thema unter anderen im Lehrplan sei und nicht didaktisch korrekt eingearbeitet sei, sei eben nicht ausgeführt, wie der Unterricht in politischer Bildung zu geschehen habe. Damit stellt der Lehrplan nicht sicher, dass Lehrpersonen die Vielfalt politischer Überzeugungen nutzen, um die politische Kompetenz von Jugendlichen zu schulen. «Zweitens gibt es Formulierungen in den Kompetenzen, in denen Wertungen vorgenommen werden», sagt Ziegler. Einzelnen Kompetenzen liege ein bestimmtes politisches Denken zugrunde, das ideologisch geprägt sei. «In der Kompetenz zur Positionierung der Schweiz in Europa gibt es eine mehrfache ideologische Grundlage. Das ist politisch wohl gewollt, aber fachlich äusserst problematisch», meint Ziegler.

Ob der Lehrplan 21 nach seiner Revision mit weniger Ideologie auskommt, wird sich weisen. Zu wünschen wäre, dass der Beutelsbacher Konsens gelten würde – auch in anderen Bereichen als der politischen Bildung.